



8. Juli 2014

## **BARCLAYS BANK PLC**

*(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)*

---

### NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**"):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 1. JULI 2014

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(**ERSTER NACHTRAG**)

RSSP BASISPROSPEKT F VOM 16. JUNI 2014

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT F**")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT INFLATIONSBEZOGENER

VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE (DIE "**RSSP F WERTPAPIERE**")

(**ERSTER NACHTRAG**)

RSSP BASISPROSPEKT G VOM 12. NOVEMBER 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE  
VOM 13. JANUAR 2014, 17. APRIL 2014 UND 17. JUNI 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT G")

FÜR

WECHSELKURSBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "RSSP G WERTPAPIERE")

(VIERTER NACHTRAG)

UND

RSSP BASISPROSPEKT H VOM 13. MAI 2014 IN DER DURCH EINEN VORHERGEHENDEN NACHTRAG  
VOM 17. JUNI 2014 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT H")

FÜR

AKTIEN-, INDEX- UND WARENBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "RSSP H WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

(DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP F WERTPAPIERE, DIE RSSP G WERTPAPIERE UND DIE RSSP H  
WERTPAPIERE, DIE "WERTPAPIERE")

---

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank plc die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin [www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors](http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors) (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

- I. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Richtlinie zur Einführung eines europaweiten Rahmens für die Sanierung und Auflösung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie oder Banken SA-Richtlinie), die am 12. Juni 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 1, 2, 4 und 5);
- II. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Untersuchungen der SEC und der Generalstaatsanwaltschaft New York (*New York State Attorney General (NYAG)*) in Bezug auf alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel und insbesondere die Klage der NYAG gegen Barclays PLC und Barclays Capital Inc., die am 25. Juni 2014 eingereicht wurde (Nachtragspunkt 6); und
- III. die Feststellung von wesentlichen Unrichtigkeiten nach der Billigung des RSSP Basisprospekt F am 23. Juni 2014, der Billigung des RSSP Basisprospekts G am 20. November 2013 und der Billigung des RSSP Basisprospekts H am 13. Mai 2014 (Nachtragspunkt 3).

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", in Element D.2 der Absatz mit der Überschrift "Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

D.2	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind	Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht: Die Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie wurde am 12. Juni 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Erklärtes Ziel der Banken SA-Richtlinie ist es, den Aufsichtsbehörden, einschließlich der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich, einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen rechtzeitig abzuwenden, um damit die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass Verluste auf den Steuerzahler zurückfallen, gering zu halten.
-----	--	--

2. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY", in Element D.2 der Absatz mit der Überschrift "Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

D.2	Key information on the key risks that are specific to the Issuer	Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power: The Bank Recovery and Resolution Directive was published in the Official Journal of the European Union on 12 June 2014. The stated aim of the BRRD is to provide supervisory authorities, including the relevant UK resolution authority, with common tools and powers to address banking crises pre-emptively in order to safeguard financial stability and minimise taxpayers' exposure to losses.
-----	--	---

3. In dem RSP Basisprospekt F wird im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" der Unterabschnitt "2.14 *Bail-in*-Vorschriften im Vereinigten Königreich", in dem RSP Basisprospekt G wird im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" der Unterabschnitt "2.11 *Bail-in*-Vorschriften im Vereinigten Königreich" und in dem RSP Basisprospekt H wird im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" der Unterabschnitt "2.12 *Bail-in*-Vorschriften im Vereinigten Königreich" gelöscht (nachtragsbegründender Umstand III.).
4. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN", im Unterabschnitt "6.6 Betriebsrisiko", die Unterabschnitte "Strukturreform" und "Sanierungs- und Abwicklungsplanung" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

#### **Strukturreform**

In einer Reihe von Rechtsordnungen sind neue Rechtsvorschriften bzw. Regelungen eingeführt worden (oder es wird derzeit erwogen, diese einzuführen), die sich in beträchtlichem Maße auf die Struktur, die geschäftlichen Risiken und die Geschäftsführung der Gruppe sowie insgesamt auf den Finanzdienstleistungssektor auswirken könnten. Zu den wesentlichen für die Gruppe maßgeblichen Entwicklungen zählen u. a.:

- Der UK Financial Services (*Banking Reform*) Act 2013 verleiht britischen Behörden die Befugnis zur Umsetzung zentraler Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (*Independent Commission on Banking*), darunter: (i) die Ausgliederung des Privatkundengeschäfts der größten britischen Banken im Vereinigten Königreich und EWR auf ein rechtlich, betrieblich und wirtschaftlich eigenständiges und unabhängiges Unternehmen (sog. "**Ring-Fencing**"), (ii) gesetzliche Bevorzugung von Einlegern im Falle der Insolvenz, (iii) eine Reservebefugnis (*reserve power*), die es der PRA unter bestimmten Umständen erlaubt, die vollständige Ausgliederung des Privatkundengeschäfts von britischen Banken, die von den Reformen erfasst sind, durchzusetzen und (iv) eine "Bail-in"-Stabilisierungsoption im Rahmen der Befugnisse der britischen Abwicklungsbehörde.
- Die Vorschläge der Europäischen Kommission von Januar 2014 für eine Richtlinie zur Umsetzung des Liikanen-Berichts, die für EU-Finanzinstitute von weltweiter Bedeutung gelten würden, sehen u. a. Folgendes vor: (i) ein Verbot des Eigenhandels mit Finanzinstrumenten und Waren, (ii) die Befugnis und, in bestimmten Fällen, Pflicht der Aufsichtsbehörden, die Übertragung von als mit hohem Risiko behaftet geltenden Handelsaktivitäten auf eigenständige Rechtsträger innerhalb einer Bankengruppe anzuordnen und (iii) Regelungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, rechtlichen, unternehmensführungsbezogenen und betrieblichen Verbindungen zwischen dem eigenständigen Rechtsträger, auf den die Handelsaktivitäten übertragen wurden, und der übrigen Bankengruppe.
- Das US Board of Governors of the Federal Reserve System ("**FRB**") erließ im Februar 2014 (zur Umsetzung verschiedener durch Section 165 des Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010 eingeführter verschärfter aufsichtsrechtlicher Standards) endgültige Regelungen (*final rules*) für bestimmte ausländische Bankinstitute und deren US-Geschäfte, die auch die Gruppe betreffen. Da ihr Gesamtvermögen innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten USD 50 Mrd. übersteigt, würde die Gruppe den strengsten Anforderungen der endgültigen Regelungen unterliegen, u. a. der Anforderung zur Schaffung einer US-Zwischenholdingstruktur für ihre Banken- und sonstigen Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten (einschließlich Barclays Capital Inc., die US-Broker-Dealer-Tochter der Gruppe). Die Zwischenholdinggesellschaft würde grundsätzlich wie eine US-Banken-Holdinggesellschaft vergleichbarer Größe der Aufsicht und Regulierung durch das FRB unterliegen, einschließlich im Hinblick auf regulatorisches Eigenkapital und Stresstests. So hätte die konsolidierte Zwischenholdinggesellschaft gemäß den endgültigen Regelungen eine Reihe zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen zu erfüllen, u. a.: (i) von wenigen Ausnahmen abgesehen, regulatorische Eigenkapitalanforderungen des FRB und Begrenzungen des zulässigen Verschuldungshebels (*leverage limits*) entsprechend der für US-Bankinstitute vergleichbarer Größe geltenden Regelungen, (ii) obligatorische interne und aufsichtsbehördliche Stresstests in Bezug auf Kapitalausstattung und Vorlage eines Kapitalplans beim FRB, (iii) aufsichtsrechtliche Genehmigung und Begrenzungen von Kapitalausschüttungen der Zwischenholdinggesellschaft an die Bank, (iv) erhebliche zusätzliche Liquiditätsanforderungen (einschließlich monatlicher interner Liquiditätsstresstests und Vorhaltung vorgegebener Liquiditätspuffer) und sonstige Anforderungen in Bezug auf das Liquiditätsrisikomanagement sowie (v) allgemeine Risikomanagementanforderungen, einschließlich Bildung eines US-Risikoausschuss und Benennung eines US Chief Risk Officer. Die endgültigen Regelungen treten am 1. Juni 2014 in Kraft, allerdings ist in den meisten Fällen eine zwischen 2015 und 2018 endende Übergangsfrist vorgesehen. Die Gruppe muss eine Zwischenholdinggesellschaft erst bis 1.

Juli 2016 gegründet haben. Die Zwischenholdinggesellschaft hat ab 1. Januar 2018 die grundsätzlich in den Vereinigten Staaten geltende Leverage-Mindestanforderung zu erfüllen (*US generally applicable minimum leverage capital requirement*) (die von der internationalen Verschuldungsquote nach Basel III abweicht, u. a. dahingehend, dass hier keine außerbilanziellen Risikopositionen berücksichtigt werden).

- Endgültige Regelungen (die im Dezember 2013 erlassen wurden) zur Umsetzung der Anforderungen von Section 619 des Dodd-Frank Act – die sogenannte "Volcker-Regel" – werden, sobald sie vollständig in Kraft getreten sind, bestimmte Eigenhandelsaktivitäten von Bankinstituten, einschließlich Barclays PLC, der Bank und verschiedenen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen, untersagen und deren Tätigkeit als Sponsor von Private-Equity- und Hedgefonds sowie Investitionen in Private-Equity- und Hedgefonds (jeweils im weiteren Sinne) einschränken. Bei diesen Beschränkungen bestehen jedoch einige wichtige Ausnahmen sowie weitere Ausnahmeregelungen bei Transaktionen und Investitionen, die ausschließlich außerhalb der Vereinigten Staaten erfolgen. Die Gruppe wird auch dazu verpflichtet sein, im Hinblick auf Eigenhandels- und versteckte Fondsaktivitäten ein umfassendes Compliance- und Überwachungsprogramm (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinigten Staaten) mit verschiedenen Anforderungen im Hinblick auf Executive-Officer-Bestätigungen aufzusetzen, weshalb die Gruppe davon ausgeht, dass die Compliance-Kosten steigen werden. Grundsätzlich sind die Regelungen (bei einigen Regelungen vorbehaltlich möglicher Verlängerungen) bis Juli 2015 umzusetzen.
- Am 12. Juni 2014 wurde eine Richtlinie zur Einführung eines europaweiten Rahmens für die Sanierung und Auflösung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die "**Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**" oder "**Banken SA-Richtlinie**") im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Diese Gesetze und Vorschriften sowie die Art und Weise ihrer Auslegung und Umsetzung durch die Aufsichtsbehörden ist möglicherweise mit vielen erheblichen Auswirkungen verbunden, darunter Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe, Änderungen hinsichtlich der Art und Weise, in der Kapital und Finanzierungen innerhalb der Gruppe aufgenommen und verwendet werden, sowie Änderungen hinsichtlich der Stellen innerhalb der Gruppe, an denen dies geschieht, erhöhte Anforderungen an die Fähigkeit der Gruppe und/oder bestimmter juristischer Personen oder Konzernteile innerhalb der Gruppe zur Verlustabsorption und mögliche Änderungen der geschäftlichen Ausrichtung und des Geschäftsmodells (einschließlich einer möglichen Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten). Diese und weitere aufsichtsrechtliche Änderungen und die daraus resultierenden Maßnahmen können sich nachteilig auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden und/oder die Finanzlage der Gruppe auswirken. Nähere Einzelheiten zu diesen rechtlichen Bestimmungen und der regulatorischen Gesetzgebung sowie deren endgültigen Auswirkungen auf die Gruppe, die erheblich sein könnten, sind derzeit noch nicht vorhersehbar.

### **Sanierungs- und Abwicklungsplanung**

Der Schwerpunkt internationaler und britischer Aufsichtsbehörden liegt auch weiterhin klar auf der Frage der Abwicklungsfähigkeit. Die Gruppe arbeitet weiterhin mit allen zuständigen Behörden hinsichtlich Sanierungs- und Abwicklungsplänen (Sanierungs- und Abwicklungspläne) sowie der praktischen Details des Abwicklungsprozesses zusammen. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Informationen, die im Falle einer Abwicklung für eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit der Gruppe erforderlich wären. Die Gruppe hat erstmals Mitte 2012 ihre

Sanierungs- und Abwicklungspläne bei britischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden förmlich eingereicht und seither weiterhin mit den zuständigen Behörden zusammengearbeitet, um mögliche Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit zu ermitteln und auszuräumen. Der zweite US-Abwicklungsplan wurde im Oktober 2013 eingereicht; die Gruppe geht von jährlichen Einreichungen in der Zukunft aus.

Mit der Banken SA-Richtlinie wird ein Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierunternehmen eingeführt. Ziel dieses Abwicklungsregimes ist es, den Behörden die Instrumente an die Hand zu geben, die sie benötigen, um beim Ausfall eines Kreditinstituts rechtzeitig und schnell genug eingreifen zu können, damit die Kontinuität der kritischen wirtschaftlichen und Finanzierungsfunktionen des Kreditinstituts bzw. des Wertpapierunternehmens sichergestellt ist, und dabei die Auswirkungen eines Ausfalls auf das Finanzsystem zu minimieren. Ferner soll mit dem Abwicklungsregime sichergestellt werden, dass Verluste zunächst von den Gesellschaftern und nach den Gesellschaftern von bestimmten Gläubigern getragen werden; dabei gilt jeweils die Maßgabe, dass den Gläubigern Verluste nur in der Höhe entstehen dürfen, in der sie im Falle der Abwicklung des Kreditinstituts im Wege eines ordentlichen Insolvenzverfahrens entstanden wären. Durch die Banken SA-Richtlinie erhalten die Abwicklungsbehörden Befugnisse, von Kreditinstituten wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Sanierungs- und Abwicklungsfähigkeit zu verlangen. Im Rahmen dieser Befugnisse können sie u. a. von der Gruppe verlangen, dass diese Änderungen an ihrer rechtlichen oder operativen Struktur vornimmt (einschließlich der Restrukturierung der Gruppe dahingehend, dass diese in leichter abwickelbare Einheiten aufgespalten wird), bestimmte gegenwärtig durchgeführte oder beabsichtigte Aktivitäten einschränkt oder einstellt oder ein festgelegtes Minimum an 'Bail-in'-Verbindlichkeiten hält, deren Abschreibung bzw. Umwandlung in Eigenkapital im Rahmen des sog. 'Bail-in'-Instrumentes eingefordert werden kann. Die Banken SA-Richtlinie ist in allen europäischen Mitgliedstaaten bis zum 1. Januar 2015 umzusetzen; hiervon ausgenommen sind die 'Bail-in'-Befugnisse, die bis zum 1. Januar 2016 umgesetzt sein müssen.

Im Vereinigten Königreich wird die Sanierungs- und Abwicklungsplanung inzwischen als Teil der laufenden Aufsicht angesehen. Für die einzelnen Kreditinstitute/Wertpapierunternehmen wird im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Vorgehens der PRA jeweils geprüft, wie Hindernisse für die Abwicklung beseitigt werden können; dabei kann die PRA von den Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit verlangen. Das Vereinigte Königreich wird darüber hinaus zu prüfen haben, wie es die Banken SA-Richtlinie in britisches Recht umsetzt.

Die Gruppe ist der Ansicht, dass sie bei der Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklung gute Fortschritte erzielt; sollten die zuständigen Behörden jedoch letztlich entscheiden, dass die Gruppe oder eine wesentliche Tochtergesellschaft nicht abwicklungsfähig ist, könnten die Auswirkungen der strukturellen Änderungen (gleichgültig, ob im Zusammenhang mit Sanierungs- und Abwicklungsplänen oder sonstigen Initiativen zu Strukturreformen) die Kapital-, die Liquiditäts- und die Verschuldungsquote sowie die Gesamtrentabilität der Gruppe beeinträchtigen, z. B. infolge einer Verdopplung von Infrastrukturkosten, entgangene Umsätze im Zusammenhang mit Kreuzparitäten (lost cross-rate revenues) und zusätzlicher Finanzierungskosten.



5. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" der Unterabschnitt "6.9 Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand I.):

**6.9 Risiken im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank, einschließlich der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht**

*Europäischer Abwicklungsrahmen und Verlustabsorption zum Zeitpunkt der Nichttragfähigkeit*

Die Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie wurde am 12. Juni 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Erklärtes Ziel der Banken SA-Richtlinie ist es, den Aufsichtsbehörden, einschließlich der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich, einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen rechtzeitig abzuwenden, um damit die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass Verluste auf den Steuerzahler zurückfallen, gering zu halten.

Die gemäß der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie für die Aufsichtsbehörden gewährten Befugnisse sehen u.a. die Einführung einer gesetzlichen 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und einer 'Bail-in'-Befugnis vor, wodurch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich befugt wäre, den Nennbetrag bestimmter unbesicherter Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) eines ausfallenden Instituts oder Zinsen auf die betreffenden unbesicherten Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) insgesamt oder teilweise zu löschen und/oder Forderungen (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) in sonstige Wertpapiere, einschließlich Aktien an einer gegebenenfalls fortbestehenden Gruppengesellschaft, umzuwandeln. Die Mehrzahl der in der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorgesehenen Maßnahmen werden mit Wirkung zum 1. Januar 2015 eingeführt, wobei die Bail-in-Befugnis für abschreibungsfähige Verbindlichkeiten (möglicherweise einschließlich der Wertpapiere) zum 1. Januar 2016 eingeführt wird. Darüber hinaus wird durch die Änderungen des *Banking Act* 2009 des Vereinigten Königreichs in der jeweils gültigen Fassung (*Banking Act*), wie unten im Abschnitt "Bail-in-Option gemäß dem *Banking Act*" beschrieben, wahrscheinlich die Einführung einiger oder aller dieser Abwicklungsbefugnisse im Vereinigten Königreich beschleunigt.

Neben einer 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und einer 'Bail-in-Befugnis' umfassen die Befugnisse, die der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich im Rahmen der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gewährt werden sollen, die Befugnis, (i) die Veräußerung des jeweiligen Finanzinstituts oder seiner gesamten Geschäftstätigkeit oder eines Teils davon zu kommerziellen Bedingungen anzuordnen, ohne dass die Zustimmung der Anteilhaber erforderlich ist oder ansonsten anzuwendende Verfahrensvorschriften einzuhalten sind, (ii) die gesamte Geschäftstätigkeit des jeweiligen Finanzinstituts oder einen Teil davon auf ein "Brückeninstitut" (ein öffentlich kontrolliertes Unternehmen) zu übertragen und (iii) die wertgeminderten oder problematischen Vermögenswerte des betreffenden Finanzinstituts auf eine Zweckgesellschaft zu übertragen, um zu ermöglichen, dass diese dann über die Zeit verwaltet werden. Darüber hinaus gewährt die Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie, neben der Gewährung

weitreichenderer Befugnisse an die jeweilige für die Abwicklung zuständige Behörde, der jeweiligen für die Abwicklung zuständigen Behörde die Befugnis, die Fälligkeitstermine und/oder Zinszahlungstermine von Anleihen oder sonstigen eligible Verbindlichkeiten des betreffenden Finanzinstituts anzupassen und/oder Zahlungen vorläufig auszusetzen.

Die Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie enthält Maßnahmen zum Schutz von Anteilhabern und Gläubigern in Bezug auf die Anwendung der 'Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnis' und der 'Bail-in-Befugnis', mit denen sichergestellt werden soll, dass die von den Anteilhabern und Gläubigern erlittenen Verluste nicht höher sind als die Verluste, die entstanden wären, wenn das betreffende Finanzinstitut im Rahmen eines normalen Insolvenzverfahrens abgewickelt worden wäre.

Hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung sowie des endgültigen Umfangs dieser Befugnisse sowie hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere im Falle ihrer Umsetzung besteht weiterhin erhebliche Unsicherheit. Entsprechend können derzeit noch keine Voraussagen hinsichtlich der vollen Auswirkungen der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie auf die Emittentin, die Gruppe und auf die Inhaber von Wertpapieren gemacht werden, und es kann nicht gewährleistet werden, dass deren Umsetzung, die Art und Weise ihrer Umsetzung oder die Ergreifung von Maßnahmen durch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich entsprechend der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie keine nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte der Inhaber von Wertpapieren, den Kurs von Wertpapieren, den Wert einer Anlage darin und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere hätte.

Die Ausübung einer solchen Befugnis oder der Vorschlag hinsichtlich einer solchen Ausübung könnte sich daher vorbehaltlich der Bestimmungen der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie wesentlich nachteilig auf den Wert von Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass die Inhaber von Wertpapieren den von ihnen in die Wertpapiere angelegten Betrag ganz oder teilweise verlieren.

#### *Abwicklungsrahmen im Vereinigten Königreich*

Im Vereinigten Königreich sieht der Banking Act einen Rahmen (Abwicklungsrahmen) vor, der es der Bank of England (bzw. – unter bestimmten Umständen – dem britischen Finanzministerium (*UK HM Treasury*)) ermöglicht, scheiternde Banken mit Hauptsitz im Vereinigten Königreich in Abstimmung mit der PRA, der FCA und ggf. dem britischen Finanzministerium zu zerschlagen. Durch den Banking Act werden diesen Institutionen bestimmte Befugnisse eingeräumt, wie beispielsweise (a) die Befugnis zur Anordnung der Übertragung von Anteilen (*share transfer*), wonach die von einer britischen Bank begebenen Wertpapiere insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder die britische Regierung übertragen werden können, und (b) die Befugnis, eine Übertragung des Vermögens, der Rechte und Verbindlichkeiten einer britischen Bank insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder ein Unternehmen der Bank of England anzuordnen (*property transfer*). Eine Anordnung zur Übertragung von Anteilen kann sich auf eine große Bandbreite an Wertpapieren beziehen, u. a. auf von einer britischen Bank (einschließlich der Emittentin) oder ihrer Holdinggesellschaft (der Barclays PLC) begebene Aktien und Anleihen sowie Bezugsrechte für entsprechende Aktien bzw. Anleihen. Einige dieser Befugnisse wurden auf Gesellschaften ausgeweitet, die der gleichen Gruppe wie eine britische Bank angehören.

Durch den Banking Act werden den Behörden zudem Befugnisse eingeräumt, Kündigungsgründe oder –rechte außer Kraft zu setzen, auf die man sich infolge der Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (*resolution powers*) berufen könnte. Die durch den Banking Act eingeräumten Befugnisse gelten ungeachtet etwaiger vertraglicher Beschränkungen. Unter Umständen ist sowohl bei der Anordnung einer Anteilsübertragung als auch bei einer Vermögensübergabe eine Entschädigung zu zahlen.

Durch den Banking Act wird der Bank of England auch die Befugnis eingeräumt, vertragliche Verpflichtungen zwischen einer britischen Bank, ihrer Holdinggesellschaft und ihren Gruppengesellschaften gegen eine angemessene Gegenleistung außer Kraft zu setzen, abzuändern oder aufzuerlegen, um es der übernehmenden Bank oder Nachfolgebank zu ermöglichen, ihr Geschäft effektiv zu betreiben. Darüber hinaus erhält das britische Finanzministerium die Befugnis, Gesetze zu ändern (mit Ausnahme von Bestimmungen, die durch oder im Rahmen des Banking Act erlassen wurden), um die Befugnisse der Regelungen des Banking Act effektiv und möglicherweise auch rückwirkend ausüben zu können.

Würden diese Befugnisse in Bezug auf die Emittentin (oder ein Mitglied der Gruppe) ausgeübt, würde sich dies möglicherweise wesentlich nachteilig auf die Rechte der Inhaber von Wertpapieren, einschließlich im Rahmen wesentlich nachteiliger Auswirkungen auf den Kurs der Wertpapiere, auswirken.

#### *Bail-in-Option gemäß dem Banking Act*

Im Dezember 2013 wurde im Vereinigten Königreich der UK Financial Services (*Banking Reform*) Act 2013 (*UK Banking Reform Act*) verabschiedet. Im Rahmen der durch den UK Banking Reform Act eingeführten Änderungen wurde der Banking Act geändert und um Bestimmungen hinsichtlich einer Bail-in-Option als Teil der Befugnisse der für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich ergänzt. Die Bail-in-Option tritt in Kraft, wenn das britische Finanzministerium dies vorsieht.

Die Bail-in-Option wurde als zusätzliche Befugnis der für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich eingeführt, mit der es ihr ermöglicht wird, ein ausgefallenes Institut zu refinanzieren, indem sie dessen Anteilhabern und unbesicherten Gläubigern in einer Art und Weise Verluste zuweist, durch welche die Rangfolge von Ansprüchen im Falle einer Insolvenz eines maßgeblichen Finanzinstituts so gewahrt bleibt, dass die Anteilhaber und Gläubiger von Finanzinstituten nicht ungünstiger behandelt werden als dies im Rahmen einer Insolvenz der Fall gewesen wäre. Die Bail-in-Option umfasst die Befugnis, eine Verbindlichkeit zu streichen oder Vertragsbedingungen zu ändern, um die Verbindlichkeiten der in Abwicklung befindlichen Bank zu verringern oder aufzuschieben, sowie die Befugnis die Form einer Verbindlichkeit in eine andere umzuwandeln. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass folgende Voraussetzungen für eine Anwendung der Bail-in-Option bestehen: (i) die Aufsichtsbehörde stellt fest, dass die Bank ausfällt oder ihr Ausfall wahrscheinlich ist, (ii) mit hinreichender Wahrscheinlichkeit kann keine andere Maßnahme zur Vermeidung des Ausfalls der Bank ergriffen werden und (iii) die für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich stellt fest, dass die Ausübung der Bail-in-Option im öffentlichen Interesse liegt.

Darüber hinaus wird möglicherweise der Banking Act geändert und/oder andere Gesetze im Vereinigten Königreich verabschiedet, um den Abwicklungsrahmen, der im Falle des Ausfalls einer Bank gelten würde, zu ändern oder die Aufsichtsbehörden mit weiteren Abwicklungsbefugnissen auszustatten.

*Die Fälle, in denen die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich die vorgeschlagene Bail-in-Befugnis nach britischem Recht ausüben würde, sind derzeit unklar.*

Wenngleich Voraussetzungen für die Ausübung der Bail-in-Befugnis nach britischem Recht vorgeschlagen wurden, besteht weiterhin Unsicherheit hinsichtlich der konkreten Faktoren, welche die für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich in einer Entscheidung berücksichtigen würde, ob sie die Bail-in-Befugnis nach britischem Recht in Bezug auf das jeweilige Finanzinstitut und/oder die jeweiligen von diesem Institut begebenen Wertpapiere, wie beispielsweise die Wertpapiere, ausüben soll.

Darüber hinaus ist es angesichts des Umstandes, dass die endgültigen Kriterien, welche die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich bei der Ausübung einer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht berücksichtigen würde, ihr voraussichtlich einen erheblichen Ermessensspielraum verschaffen, Inhabern der Wertpapiere unter Umständen nicht möglich, sich auf öffentlich bekannte Kriterien zu stützen, um die mögliche Anwendung einer solchen Bail-in-Befugnis nach britischem Recht und somit deren mögliche Auswirkung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

*Es bestehen wahrscheinlich nur begrenzte Widerspruchsrechte von Inhabern der Wertpapiere gegen die Ausübung einer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht durch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich.*

Es besteht einige Unsicherheit hinsichtlich des Umfangs der Verfahrensrechte und Verfahren, die den Inhabern von Wertpapieren (einschließlich der Wertpapiere) bei einer Umsetzung der endgültigen Bestimmungen der Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie im Rahmen der Bestimmungen über die Bail-in-Befugnis nach britischem Recht zu- bzw. offenstehen, sowie hinsichtlich der weitreichenderen Abwicklungsbefugnisse, welche der für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich bei Umsetzung der Bestimmungen der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gewährt werden. Möglicherweise stehen Inhabern der Wertpapiere nur in begrenztem Umfang Rechte zu, Widerspruch gegen eine Entscheidung der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich über die Ausübung ihrer Bail-in-Befugnis nach britischem Recht einzulegen und/oder die Aussetzung einer solchen Entscheidung zu verlangen bzw. diese Entscheidung im Rahmen eines Gerichts- oder Verwaltungsverfahrens oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

6. In den Basisprospekten wird im Abschnitt **"INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN"**, in dem Unterabschnitt **"Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche sowie sonstige rechtliche Angelegenheiten"** nach dem Unterabschnitt *"Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge"* der folgende Unterabschnitt eingefügt (nachtragsbegründender Umstand II.):

*Alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel*

Die SEC und die Generalstaatsanwaltschaft New York (*New York State Attorney General ("NYAG")*) haben eine Reihe von Angelegenheiten in Verbindung mit alternativen Handelssystemen (AHS) und den Aktivitäten von Hochfrequenzhändlern untersucht. Die Gruppe hat den Behörden in Beantwortung ihrer Fragen Informationen zur Verfügung gestellt.

Am 25. Juni 2014 reichte die NYAG beim NY Supreme Court eine Klage gegen Barclays PLC und Barclays Capital Inc. ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, dass Barclays PLC und Barclays Capital Inc. an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX

*Liquidity Cross*, dem SEC-registrierten AHS der Gruppe, beteiligt waren. In der Klage der NYAG wird ein nicht näher spezifizierter monetärer Schaden ersetzt und eine Unterlassungsverfügung gefordert.

London, 8. Juli 2014

**Barclays Bank PLC, London**

Durch:

Tim Varchmin

Zeichnungsberechtigter

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 8 July 2014 to the RSSP Base Prospectus A dated 1 July 2014, RSSP Base Prospectus F dated 16 June 2014, RSSP Base Prospectus G dated 12 November 2013 and RSSP Base Prospectus H dated 13 May 2014 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 8. Juli 2014 zum RSSP Basisprospekt A vom 1. Juli 2014, RSSP Basisprospekt F vom 16. Juni 2014, RSSP Basisprospekt G vom 12. November 2013 und RSSP Basisprospekt H vom 13. Mai 2014 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.



8 July 2014

**BARCLAYS BANK PLC**

*(Incorporated with limited liability in England and Wales)*

---

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WpPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 1 JULY 2014

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(**FIRST SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS F DATED 16 JUNE 2014

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS F**")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO COUPON

SECURITIES (THE "**RSSP F SECURITIES**")

(**FIRST SUPPLEMENT**)



RSSP BASE PROSPECTUS G DATED 12 NOVEMBER 2013 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS  
SUPPLEMENTS DATED 13 JANUARY 2014, 17 APRIL 2014 AND 17 JUNE 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS G")

RELATING TO

FX LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP G SECURITIES")

(FOURTH SUPPLEMENT)

AND

RSSP BASE PROSPECTUS H DATED 13 MAY 2014 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT  
DATED 17 JUNE 2014

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS H")

RELATING TO

SHARE, INDEX AND COMMODITY LINKED SECURITIES (THE "RSSP H SECURITIES")

(SECOND SUPPLEMENT)

(THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP F SECURITIES, THE RSSP G SECURITIES AND THE RSSP H  
SECURITIES, THE "SECURITIES")

---

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London , E14 5HP, United Kingdom and on the website of the Issuer [www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors](http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors) (or any successor website).

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- I. the update of the Base Prospectuses with respect to the publication of a directive providing for the establishment of a European-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (Bank Recovery and Resolution Directive or BRRD) on 12 June 2014 (item of the Supplement no. 2 and 3);
- II. the update of the Base Prospectuses with respect to investigations by the SEC and the New York State Attorney General (NYAG) with respect to alternative trading systems and high-frequency trading and, in particular, a complaint filed by the NYAG against Barclays PLC and Barclays Capital Inc on 25 June 2014 (item of the Supplement no. 4); and
- III. the determination of certain material mistakes after the approval of the RSSP Base Prospectus F on 23 June 2014, the approval of the RSSP Base Prospectus G on 20 November 2013 and the approval of the RSSP Base Prospectus H on 13 May 2014 (item of the Supplement no. 1).

1. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus F, in the section "RISK FACTORS", the subsection "2.14 UK "Bail-in" provisions", in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus G, in the section "RISK FACTORS", the subsection "2.11 UK "Bail-in" provisions", in the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus H, in the section "RISK FACTORS", the subsection "2.12 UK "Bail-in" provisions" shall be deleted (circumstance giving rise to the Supplement no. III).
2. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "RISK FACTORS", in the subsection "6.6 Operational risk" the subsections "Structural reform" and "Recovery and resolution planning" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. I):

***Structural reform***

A number of jurisdictions have enacted or are considering legislation and rule making that could have a significant impact on the structure, business risk and management of the Group and of the financial services industry more generally. Key developments that are relevant to the Group include:

- The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 gives UK authorities the power to implement key recommendations of the Independent Commission on Banking, including: (i) the separation of the UK and EEA retail banking activities of the largest UK banks into a legally, operationally and economically separate and independent entity (so called 'ring fencing'); (ii) statutory depositor preference in insolvency; (iii) a reserve power for the PRA to enforce full separation of the retail operations of UK banks to which the reforms apply under certain circumstances; and (iv) a 'bail-in' stabilisation option as part of the powers of the UK resolution authority;
- The European Commission proposals of January 2014 for a directive to implement recommendations of the Liikanen Review, would apply to EU globally significant financial institutions and envisages, among other things: (i) a ban on engaging in proprietary trading in financial instruments and commodities; (ii) giving supervisors the power and, in certain instances, the obligation to require the transfer of other trading activities deemed to be 'high risk' to separate legal trading entities within a banking group; and (iii) rules governing the economic, legal, governance and operational links between the separated trading entity and the rest of the banking group;
- The US Board of Governors of the Federal Reserve System (FRB) issued final rules in February 2014 (to implement various enhanced prudential standards introduced under Section 165 of the Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010) applicable to certain foreign banking organisations and their US operations, including the Group. Because its total US and non-US assets exceed \$50bn, the Group would be subject to the most stringent requirements of the final rules, including the requirement to create a US intermediate holding company (IHC) structure to hold its US banking and non-banking subsidiaries, including Barclays Capital Inc. the Group's US broker-dealer subsidiary). The IHC would generally be subject to supervision and regulation, including as to regulatory capital and stress testing, by the FRB as if it were a US bank holding company of comparable size. In particular, under the

final rules, the consolidated IHC would be subject to a number of additional supervisory and prudential requirements, including: (i) subject to certain limited exceptions, FRB regulatory capital requirements and leverage limits that are the same as those applicable to US banking organisations of comparable size; (ii) mandatory company-run and supervisory stress testing of capital levels and submission of a capital plan to the FRB; (iii) supervisory approval of and limitations on capital distributions by the IHC to the Bank; (iv) additional substantive liquidity requirements (including monthly internal liquidity stress tests and maintenance of specified liquidity buffers) and other liquidity risk management requirements; and (v) overall risk management requirements, including a US risk committee and a US chief risk officer. The effective date of the final rule is 1 June 2014, although compliance with most of its requirements will be phased-in between 2015 and 2018. The Group will not be required to form its IHC until 1 July 2016. The IHC will be subject to the US generally applicable minimum leverage capital requirement (which is different than the Basel III international leverage ratio, including to the extent that the generally applicable US leverage ratio does not include off-balance sheet exposures) starting 1 January 2018;

- Final rules (issued in December 2013) implementing the requirements of Section 619 of the Dodd-Frank Act – the so-called ‘Volcker Rule’, once fully effective, will prohibit banking entities, including Barclays PLC, the Bank and their various subsidiaries and affiliates from undertaking certain ‘proprietary trading’ activities and will limit the sponsorship of, and investment in, private equity funds and hedge funds, in each case broadly defined, by such entities. These restrictions are subject to certain important exceptions and exemptions, as well as exemptions applicable to transactions and investments occurring ‘solely outside of the United States’. The rules will also require the Group to develop an extensive compliance and monitoring programme (both inside and outside of the United States), subject to various executive officer attestation requirements, addressing proprietary trading and covered fund activities, and the Group therefore expects compliance costs to increase. Subject entities are generally required to be in compliance by July 2015 (with certain provisions subject to possible extensions); and
- On 12 June 2014, a directive providing for the establishment of a European-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (Bank Recovery and Resolution Directive or "BRRD") was published in the Official Journal of the European Union.

These laws and regulations and the way in which they are interpreted and implemented by regulators may have a number of significant consequences, including changes to the legal entity structure of the Group, changes to how and where capital and funding is raised and deployed within the Group, increased requirements for loss-absorbing capacity within the Group and/or at the level of certain legal entities or sub-groups within the Group and potential modifications to the business mix and model (including potential exit of certain business activities). These and other regulatory changes and the resulting actions taken to address such regulatory changes, may have an adverse impact on the Group’s profitability, operating flexibility, flexibility of deployment of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends and/or financial

condition. It is not yet possible to predict the detail of such legislation or regulatory rulemaking or the ultimate consequences to the Group which could be material.

### ***Recovery and resolution planning***

There continues to be a strong regulatory focus on resolvability from international and UK regulators. The Group continues to work with all relevant authorities on recovery and resolution plans (RRP) and the detailed practicalities of the resolution process. This includes the provision of information that would be required in the event of a resolution, in order to enhance the Group's resolvability. The Group made its first formal RRP submissions to the UK and US regulators in mid-2012 and has continued to work with the relevant authorities to identify and address any impediments to resolvability. The second US resolution plan was submitted in October 2013 and the Group anticipates annual submissions hereafter.

The BRRD establishes a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms. The aim of this regime is to provide authorities with the tools to intervene sufficiently early and quickly in a failing institution so as to ensure the continuity of the institution or firm's critical financial and economic functions while minimising the impact of its failure on the financial system. The regime is also intended to ensure that shareholders bear losses first and that certain creditors bear losses after shareholders, provided that no creditor should incur greater losses than it would have incurred if the institution had been wound up under normal insolvency proceedings. The BRRD provides resolution authorities with powers to require credit institutions to make significant changes in order to enhance recovery or resolvability. These include, amongst others, the powers to require the Group to: make changes to its legal or operational structures (including demanding that the Group be restructured into units which are more readily resolvable); limit or cease specific existing or proposed activities; hold a specified minimum amount of liabilities subject to write down or conversion powers under the so-called 'bail-in' tool. The BRRD is to be implemented in all European Member States by 1 January 2015, with the exception of the bail-in powers which must be implemented by 1 January 2016.

In the UK, recovery and resolution planning is now considered part of continuing supervision. Removal of barriers to resolution will be considered as part of the PRA's supervisory strategy for each firm, and the PRA can require firms to make significant changes in order to enhance resolvability. The UK will also need to consider how it will transpose the BRRD into UK law.

Whilst the Group believes that it is making good progress in reducing impediments to resolution, should the relevant authorities ultimately decide that the Group or any significant subsidiary is not resolvable, the impact of such structural changes (whether in connection with RRP or other structural reform initiatives) could impact capital, liquidity and leverage ratios, as well as the overall profitability of the Group, for example via duplicated infrastructure costs, lost cross-rate revenues and additional funding costs.

3. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "RISK FACTORS", the subsection "6.9 Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. I):

**6.9 Risks relating to regulatory actions in the event of a bank failure, including the UK Bail-In Power**

*European resolution regime and loss absorption at the point of non-viability*

The Bank Recovery and Resolution Directive was published in the Official Journal of the European Union on 12 June 2014. The stated aim of the BRRD is to provide supervisory authorities, including the relevant UK resolution authority, with common tools and powers to address banking crises pre-emptively in order to safeguard financial stability and minimise taxpayers' exposure to losses.

The powers granted to supervisory authorities under the BRRD include (but are not limited to) the introduction of a statutory 'write-down and conversion power' and a 'bail-in' power, which would give the relevant UK resolution authority the power to cancel all or a portion of the principal amount of, or interest on, certain unsecured liabilities (which could include the Securities) of a failing financial institution and/or to convert certain debt claims (which could include the Securities) into another security, including ordinary shares of the surviving Group entity, if any. The majority of measures set out in the BRRD will be implemented with effect from 1 January 2015, with the bail-in power for eligible liabilities (which could include any Securities) to be introduced by 1 January 2016. As discussed under 'Bail-in option in the UK Banking Act' below, the amendments to the Banking Act 2009 of the UK as amended (UK Banking Act), are likely to accelerate the implementation timeframe of some or all of these resolution powers in the UK.

In addition to a 'write-down and conversion power' and a 'bail-in' power, the powers granted to the relevant UK resolution authority under the BRRD include the power to (i) direct the sale of the relevant financial institution or the whole or part of its business on commercial terms without requiring the consent of the shareholders or complying with the procedural requirements that would otherwise apply, (ii) transfer all or part of the business of the relevant financial institution to a 'bridge bank' (a publicly controlled entity) and (iii) transfer the impaired or problem assets of the relevant financial institution to an asset management vehicle to allow them to be managed over time. In addition, the BRRD provides, among the broader powers granted to the relevant resolution authority, powers to the relevant resolution authority to amend the maturity date and/or any interest payment date of debt instruments or other eligible liabilities of the relevant financial institution and/or impose a temporary suspension of payments.

The BRRD contains safeguards for shareholders and creditors in respect of the application of the 'write down and conversion' and 'bail-in' powers which aim to ensure that they do not incur greater losses than they would have incurred had the relevant financial institution been wound up under normal insolvency proceedings.

There remains uncertainty regarding the ultimate nature and scope of these powers and, when implemented, how they would affect the Issuer, the Group and the Securities. Accordingly, it is not yet possible to assess the full impact of the BRRD on the Issuer, the Group and on holders of Securities, and there can be no assurance that, once it is implemented, the manner in which it is implemented or the taking of any actions by the relevant UK resolution authority currently contemplated in the BRRD would not adversely affect the rights of holders of Securities, the price or value of an investment in Securities and/or the Issuer's ability to satisfy its obligations under the Securities.

The exercise of any such power or any suggestion of such exercise could, therefore, materially adversely affect the value of any Securities subject to the BRRD and could lead to the holders of the Securities losing some or all of their investment in the Securities.

#### *UK resolution regime*

In the UK, the UK Banking Act provides for a regime (resolution regime) to allow the Bank of England (or, in certain circumstances, UK HM Treasury (UK Treasury)) to resolve failing banks in the UK, in consultation with the PRA, the FCA and UK Treasury, as appropriate. Under the UK Banking Act, these authorities are given powers, including (a) the power to make share transfer orders pursuant to which all or some of the securities issued by a UK bank may be transferred to a commercial purchaser or the UK government; and (b) the power to transfer all or some of the property, rights and liabilities of a UK bank to a commercial purchaser or Bank of England entity. A share transfer order can extend to a wide range of securities, including shares and bonds issued by a UK bank (including the Issuer) or its holding company (Barclays PLC) and warrants for such shares and bonds. Certain of these powers have been extended to companies within the same group as a UK bank.

The UK Banking Act also gives the authorities powers to override events of default or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers. The UK Banking Act powers apply regardless of any contractual restrictions and compensation may be payable in the context of both share transfer orders and property appropriation.

The UK Banking Act also gives the Bank of England the power to override, vary or impose contractual obligations between a UK bank, its holding company and its group undertakings for reasonable consideration, in order to enable any transferee or successor bank to operate effectively. There is also power for the UK Treasury to amend the law (excluding provisions made by or under the UK Banking Act) for the purpose of enabling it to use the regime powers effectively, potentially with retrospective effect.

If these powers were to be exercised in respect of the Issuer (or any member of the Group), there could be a material adverse effect on the rights of holders of Securities, including through a material adverse effect on the price of the Securities.

#### *Bail-in option in the UK Banking Act*

In December 2013, the UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (UK Banking Reform Act) became law in the UK. Among the changes introduced by the UK Banking



Reform Act, the UK Banking Act is amended to insert a bail-in option as part of the powers of the UK resolution authority. The bail-in option will come into force when stipulated by the UK Treasury.

The bail-in option is introduced as an additional power available to the UK resolution authority, to enable it to recapitalise a failed institution by allocating losses to its shareholders and unsecured creditors in a manner that ought to respect the hierarchy of claims in an insolvency of a relevant financial institution, consistent with shareholders and creditors of financial institutions not receiving less favourable treatment than they would have done in insolvency. The bail-in option includes the power to cancel a liability or modify the terms of contracts for the purposes of reducing or deferring the liabilities of the bank under resolution and the power to convert a liability from one form to another. The conditions for use of the bail-in option are, in summary, that (i) the regulator determines that the bank is failing or likely to fail, (ii) it is not reasonably likely that any other action can be taken to avoid the bank's failure and (iii) the UK resolution authority determines that it is in the public interest to exercise the bail-in power.

In addition, the UK Banking Act may be amended and/or other legislation may be introduced in the UK to amend the resolution regime that would apply in the event of a bank failure or to provide regulators with other resolution powers.

*The circumstances under which the relevant UK resolution authority would exercise its proposed UK bail-in power are currently uncertain.*

Despite there being proposed pre-conditions for the exercise of the UK bail-in power, there remains uncertainty regarding the specific factors which the relevant UK resolution authority would consider in deciding whether to exercise the UK bail-in power with respect to the relevant financial institution and/or securities, such as the Securities, issued by that institution.

Moreover, as the final criteria that the relevant UK resolution authority would consider in exercising any UK bail-in power are expected to provide it with considerable discretion, holders of the Securities may not be able to refer to publicly available criteria in order to anticipate a potential exercise of any such UK bail-in power and consequently its potential effect on the Issuer, the Group and the Securities.

*The rights of holders of the Securities to challenge the exercise of any UK bail-in power by the relevant UK resolution authority are likely to be limited.*

There is some uncertainty as to the extent of any due process rights or procedures that will be provided to holders of securities (including the Securities) subject to the UK bail-in power and to the broader resolution powers of the relevant UK resolution authority when the final BRRD rules are implemented in the UK. Holders of the Securities may have only limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its UK bail-in power or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

4. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "Legal, Competition and Regulatory Matters" the following subsection shall be inserted after the subsection "Investigations into Certain Agreements" (circumstance giving rise to the Supplement no. II):

**Alternative Trading Systems and High-Frequency Trading**

The SEC and the New York State Attorney General (NYAG) have been investigating a range of issues associated with alternative trading systems (ATSs) and the activities of high-frequency traders. The Group has been providing information to the authorities in response to their enquiries.

On 25 June 2014, the NYAG filed a complaint against Barclays PLC and Barclays Capital Inc. in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that Barclays PLC and Barclays Capital Inc. engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX Liquidity Cross, the Group's SEC-registered ATS. The NYAG complaint seeks unspecified monetary damages and injunctive relief.